

Helander, Sven

Article — Digitized Version

## Das panafrikanische Problem

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Helander, Sven (1962) : Das panafrikanische Problem, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 11, pp. 486-490

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133260>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Das panafrikanische Problem

Prof. Dr. Sven Helander, Stockholm

Im 19. Jahrhundert waren es europäische Staaten, die durch ihre Kolonien zur Balkanisierung Afrikas beitrugen. Heute kann man, wie ein führender Staatsmann im neuen Afrika feststellt, beobachten, daß es afrikanische Nationalisten sind, die durch Erreichung der Selbständigkeit ihrer Staaten erneut zur Balkanisierung Afrikas beitragen.

Aber wieviel hat sich inzwischen geändert! Vor 20 Jahren gab es drei selbständige Staaten in Afrika: Liberia, Ägypten und die Südafrikanische Union — alle anderen Territorien Afrikas waren europäische Kolonien. Jetzt gibt es 28 selbständige Staaten in Afrika, und diese Zahl wird bald vermehrt werden.

Aber die Schwäche von vielen der neuen Staaten ist offensichtlich: drei Staaten haben weniger als 1 Mill., weitere vier Staaten zwischen 1—2 Mill. Einwohner. Da nun der Regierungsapparat gewisse unvermeidliche Kosten mit sich bringt, kann das, was für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung dieser Länder getan werden kann, nur relativ beschränkte Bedeutung erhalten.

Die inneren Spannungen in vielen der neuen Staaten sind allgemein bekannt: nicht nur die Tragödien in Kongo und Algerien beweisen dies, sondern die Stammesgegensätze können noch große Schwierigkeiten mit sich bringen.

Sind auch die früheren englischen und französischen Kolonien selbständig geworden, so sind die inneren Bindungen dieser Staaten an die früheren europäischen Mutterländer noch lebendige Wirklichkeit. Das beweist nicht allein die englische bzw. französische Sprache in diesen Staaten, sondern der ganze Lebensstil. Die wirtschaftlichen und finanziellen Bindungen an die früheren europäischen Mutterländer treten überall hervor.

Man kämpfte — wie der Ministerpräsident Senegals kritisch betont — wohl gegen die Balkanisierung Afrikas, aber übersah, daß das alte Kolonialsystem über die Kolonialzeit hinaus praktisch noch wirksam war. Man verwechselte das ideal Angestrebte mit der Wirklichkeit.<sup>1)</sup>

Das neue Afrika ist noch keine Einheit. So viele Schwächen der Entwicklungsländer auch vorhanden sind, so große Zukunftsaufgaben versprechen aber auch neue Möglichkeiten, mit denen die Phantasie selbstverständlich gern spielt, bis die Frage dann entscheidend hervortritt: wer soll dies alles nun verwirklichen? Die westliche oder die östliche Welt oder Afrika selbst?

Nur eine leistungsfähige neue Organisation kann eine so große Aufgabe bewältigen, bestehende Schwächen überwinden, lockende Zukunftsaufgaben lösen. Aber wer soll diese Organisation bestimmen?

## AFRIKA ZWISCHEN OST UND WEST

Europa und Afrika in enger Zusammenarbeit würden die größte wirtschaftliche Macht der Welt darstellen. Aber die Afrikaner haben den Verdacht, daß das Übergewicht Europas in einer solchen Zusammenarbeit so groß werden würde, daß sich hieraus ein Kolonialsystem in neuer Form entwickeln würde. Die Europäer haben den Verdacht, daß afrikanische Wünsche, das europäische Niveau möglichst schnell zu erreichen, die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Probleme eher erschweren als erleichtern würden.

Die Kommunisten können darauf hinweisen, daß Lenin den Imperialismus als höhere Stufe des Kapitalismus gekennzeichnet und in seinem Kampf gegen den Imperialismus den Kolonien den Weg zur Selbständigkeit erleichtert hat. Die Kommunisten bieten diesen Staaten eine Zukunft an, in der ihre Produktion die der kapitalistischen Länder einholen und überholen soll. So verlockend das erscheinen mag, haben die Afrikaner doch Mißtrauen gegen eine Entwicklung, durch die früher selbständige Staaten Osteuropas selbst in einen neuen Kolonialstatus gebracht wurden. Ein überwundenes Kolonialsystem durch ein neues zu ersetzen, ist alles andere als verlockend.

Aber wenn das Zukunftsproblem nun endlich zu einem Problem der eigenen Zukunft geworden ist, ist es nicht so leicht, ein einfaches „Ja“ oder „Nein“ zu Angeboten zu sagen, die zugleich soviel Verlockendes enthalten.

Selbstverständlich sind Proletariiergefühle in Afrika vorhanden, deren Wurzeln auf die koloniale Ausbeutung und den niedrigen Lebensstandard zurückgehen, und wenn nun die östlichen Propheten der so viel reicheren Zukunft auf Statistiken der Vereinten Nationen hinweisen können, nach denen die osteuropäische Produktion so viel schneller wächst als die westeuropäische und die amerikanische, weshalb soll man sich nicht mit der anscheinend gewinnenden Seite gutstellen?

Aber auch in Europa ändert sich vieles: frühere Feinde haben sich nicht nur gefunden, sondern bauen schon ein neues Europa auf, das in mancher Hinsicht die USA überflügeln kann.

Schließlich haben England und Frankreich nicht nur stiefmütterlich gehandelt: die englische Kolonialverwaltung hat nicht nur ihren weltweiten Ruf, sondern Tausende von jungen Nigeriern haben in England

<sup>1)</sup> M. Dia: „The African Nations and World Solidarity“, New York 1961, S. 140.

studiert, damit sie als Beamte in dem selbständigen Nigerien arbeiten können. Und wo gibt es in Europa einen Staat mit 2 1/2 Mill. Einwohnern oder von ähnlicher Größe mit solchen öffentlichen Palästen, wie Frankreich sie in Dakar gebaut hat?

Die Wahl ist nicht so leicht. Und auch das Sich-Nicht-Entscheiden kann gewisse Vorteile bieten. Man kann Verhandlungen mit beiden Seiten führen und dann die Frage stellen: bekomme ich den Kredit oder nicht? Und kann ihn dann bekommen. Aber solche Kniffe der Verhandlungstaktik bringen keine Lösung des großen Problems. Das trat deutlich im Falle Guineas hervor, das von dem Angebot Frankreichs, die Zukunft selbst zu entscheiden, in negativem Sinne Gebrauch machte: man wollte sich für ein künftiges Zusammengehen mit Frankreich nicht binden. Sofort kamen osteuropäische Kredite und Delegationen, aber als man dann Guinea zu einem kommunistischen Propagandazentrum machen wollte, wurde in klaren Worten Bescheid gegeben, daß man dies nicht wünschte.<sup>2)</sup>

#### DIE DOKTRIN DES NON-INTERVENTIONISMUS

Man muß diesen Hintergrund klar sehen, um das Panafrika-Problem verstehen zu können. Fünf panafrikanische Kongresse wurden — solange Afrika in der Hauptsache noch ein kolonialer Kontinent war — außerhalb Afrikas abgehalten, ehe man 1958 in dem soeben selbständig gewordenen Ghana den ersten panafrikanischen Kongreß in Afrika selbst abhalten konnte. Der bis dahin dominierende Dr. Du Bois aus Westindien war in Accra nicht anwesend, und seine kommunistischen Tendenzen wurden abgelehnt. Die Führung war jetzt afrikanisch.<sup>3)</sup>

Seitdem ist die Entwicklung schnell gegangen. Der britische Generalgouverneur in Nigerien, dem größten Staat Afrikas, der bekannte Afrikaner Azikiwe, erklärte 1961 in einem Vortrag in London, er „hätte einen aufrichtigen Glauben an den Panafrikanismus“, und verkündete eine „Doktrin des Non-Interventionismus“ für den afrikanischen Kontinent, die klarstellt, daß die Beibehaltung von Kolonien durch nicht-afrikanische Staaten als unfreundlicher Akt und Aggression gegen sämtliche afrikanischen Staaten betrachtet werden wird.<sup>4)</sup> Er beruft sich dabei ausdrücklich auf die Monroe-Doktrin und verlangt ferner eine panafrikanische Neutralitätserklärung. Wirtschaftlich verlangt er eine Konvention über panafrikanische Zusammenarbeit mit Beseitigung aller Zölle. Er will ferner eine gemeinsame Währung und den Ausbau der Straßen, Eisenbahnen und Luftfahrtsverbindungen zwischen den afrikanischen Staaten.

Im August 1962 wurde ferner ein panafrikanisches Manifest erlassen, in dem besonders davor gewarnt wird, bei den panafrikanischen Bestrebungen nur West-

afrika zu berücksichtigen, sondern die „Vereinigten Staaten von Afrika“ müßten das Ziel sein. Besonders wird darauf hingewiesen, daß lebhaftere Versuche unternommen wurden, Föderationen in Zentral- und Ostafrika zu schaffen, die unter europäischer Kontrolle stehen würden. Sollte ein Euro-Afrika geschaffen werden, so würde der europäische Einfluß so stark werden, daß die einheimischen Afrikaner nur so viel Einfluß wie die Indianer in den nordamerikanischen Indianer-Reservaten hätten. Es wird deshalb in diesem Manifest vor der Einwanderung aus Europa gewarnt, da diese Einwanderer eine Gefahr darstellen. Afrika müsse das Land der Schwarzen bleiben.<sup>5)</sup>

Es handelt sich hierbei aber nicht allein um politische Prestige- und Machtfragen, sondern man muß die wirtschaftlichen Notwendigkeiten klar sehen, die mit dem Panafrika-Problem eng verbunden sind.

#### AUSBAU DES VERKEHRSNETZES ZUR FÖRDERUNG DES INTER-AFRIKANISCHEN HANDELS

Es war eine prinzipielle Schwäche des Kolonialsystems, daß die Interessen der Machthaber an der Grenze der Kolonie aufhörten, so daß die inter-koloniale Zusammenarbeit so gut wie unterblieben ist. Das Mutterland war daran interessiert, mit seinen Kolonien gute Verbindungen zu erhalten, um von dort Rohstoffe zu beziehen und die eigenen Fertigfabrikate abzusetzen. D. h. Schiffahrtsverbindungen vom Mutterland nach den Kolonien wurden ausgebaut, und Landstraßen und Eisenbahnen von den Häfen so weit ins Inland geführt, wie das für die genannten Handelstransaktionen erforderlich war. Aber Land- und Seeverbindungen von der eigenen Kolonie zur Nachbarkolonie eines anderen Kolonialstaates waren völlig uninteressant. Dies ging sogar so weit, daß man in der französischen Kolonie Dahomey dem Handel Schwierigkeiten bereitete, den größeren Hafen Lagos in der britischen Kolonie Nigerien zu benutzen, während der Handel in der französischen Kolonie Niger Erleichterungen erhielt, den Hafen Porto Novo in Dahomey zu benutzen.

Hier hat Panafrika eine praktische Aufgabe von größter Bedeutung. Auf dem Kongreß von 20 afrikanischen Staaten in Lagos im Januar 1962 wurde ein Landstraßennetz von 14 000 km festgelegt, wobei den Teilnehmerstaaten empfohlen wurde, bei weiteren Neubauten von Landstraßen auf diesen Entwurf möglichst Rücksicht zu nehmen.

Daß die Vernachlässigung der inter-kontinentalen Verkehrsverbindungen in der Kolonialzeit noch heute praktische Bedeutung hat, zeigt die folgende Aufstellung. In allen afrikanischen Ländern zusammengerechnet war der Anteil der Einfuhr bzw. der Ausfuhr nach afrikanischen Ländern an der Gesamteinfuhr bzw. Gesamtausfuhr wie folgt:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr
1950	8,3 %	9,5 %
1955	7,9 %	10,3 %
1960	6,8 %	8,7 %

<sup>5)</sup> West African Pilot, vom 11. August 1962.

<sup>2)</sup> F. Ansprenger: „Politik im Schwarzen Afrika“, Köln und Opladen 1961, S. 304 ff.

<sup>3)</sup> E. S. Munger: „African Field Reports“, 1952—1961, Kapstadt 1961, S. 74.

<sup>4)</sup> N. Azikiwe: „The Future of Pan-Africanism“, London 1961, S. 3, 12, 14 f.

Nun darf die Zuverlässigkeit dieser Aufstellungen, auch wenn ihr offizielle Angaben zugrunde liegen, nicht überschätzt werden. Es ist bekannt, daß der Schmuggelhandel unter den afrikanischen Ländern sehr umfangreich ist, da eine genaue Überwachung der Grenzen so gut wie unmöglich ist. Aber sogar, wenn der Schmuggelhandel ebenso umfassend wie der gesamte legale Handel unter diesen Staaten sein sollte — was natürlich eine ganz willkürliche Annahme ist —, so wäre der inter-afrikanische Handel immer noch sehr wenig umfangreich.

Nun ist es selbstverständlich, daß Nachbarländer mit etwa dem gleichen Klima oft ähnliche Produkte herstellen. Die Produktionsanlagen und Verkehrsmittel, die man einführen will, können nur von europäischen oder amerikanischen Ländern bezogen werden. Daß aber die fehlenden Verkehrsmittel vor allem daran schuld sind, daß der inter-afrikanische Handelsaustausch so relativ gering ist, ist unbestreitbar.

Es mag überraschend erscheinen, daß der Anteil des inter-afrikanischen Handels sogar gesunken ist, nachdem die afrikanischen Staaten selbständig geworden sind. Aber die Erklärung ist leicht zu finden. Die selbständig gewordenen Staaten wollen sofort verschiedene Verbesserungen einführen und brauchen dafür einen erweiterten Produktionsapparat und neue Verkehrsmittel, die, wie gesagt, vor allem aus Europa und Amerika bezogen werden. Damit sinkt selbstverständlich der Anteil des inter-afrikanischen Handels.

Nun haben die Verkehrsprobleme in Afrika eine relativ noch größere Bedeutung als in Europa. Wir wissen wohl, daß für den Gemeinsamen Markt in Europa tiefgreifende verkehrsmäßige Verbesserungen nötig sind. Aber es handelt sich in Europa zu einem wesentlichen Teil um Fertigfabrikate, deren Beförderung eine geringere Verkehrsbelastung bedeutet, wobei die europäischen Entfernungen auch relativ viel kürzer sind. In Afrika sind überwiegend Rohstoffe zu befördern, und die Entfernungen sind unvergleichlich viel größer. Die Erbschaft aus der Kolonialzeit mit der Vernachlässigung der inter-afrikanischen Verbindungen hat zur Folge, daß die panafrikanischen Verkehrsaufgaben besonders umfassend und damit auch kostspielig sein werden. Sie werden so kostspielig sein, daß man mit Bestimmtheit sagen kann, daß die Bildung von Sparkapital in Afrika selbst dafür keineswegs ausreichen wird.

#### HARMONISIERUNG DER ENTWICKLUNGSPLANE

Daß die neuen afrikanischen Staaten eine umfassende eigene Industrie aufbauen wollen, ist eine bekannte Tatsache. Wiederum darf auf die Erbschaft aus der Kolonialzeit hingewiesen werden, da die europäischen Mutterländer wenig Interesse gezeigt hatten, einheimische Industrien in den Kolonien aufzubauen. Die jetzt selbständig gewordenen Staaten wissen, daß sich die Preise der Industrieprodukte relativ vorteilhafter als die Preise der Agrarprodukte entwickelt haben.

Sie wissen, daß ihr Bestreben, den Lebensstandard der eigenen Bevölkerung zu erhöhen, vor allem durch eine Förderung der Industrie erreicht werden kann. Sie alle wollen sich industrialisieren. Aber nun besteht die Gefahr, daß die allseitige, schnelle Industrialisierung planlos erfolgt, wobei spätere Rückschläge unvermeidlich sind. Hier liegt eine praktische panafrikanische Aufgabe vor, die Wirtschaftspläne der einzelnen Staaten so zu koordinieren, daß nicht eine Überkapazität der neugeschaffenen Industrien hervorgerufen wird, woran niemand interessiert sein kann.

Wenn 20 afrikanische Staaten in der bereits erwähnten Konferenz von Lagos im Januar 1962 vereinbarten, über die Preise für Exportprodukte Konsultationen abzuhalten, gemeinsame Regeln für die Ausfuhr durchzuführen und eine „Harmonisierung der Entwicklungspläne“ zu verwirklichen, so kommt es vor allem darauf an, wie diese Beschlüsse in die Praxis umgesetzt werden.<sup>9)</sup> Sie können unter Umständen den Anfang eines praktischen Panafrikanismus bedeuten, dessen Auswirkungen weit über die Grenzen Afrikas reichen werden. Aber viele Schwierigkeiten werden dabei zu überwinden sein, und erst in einigen Jahren kann ein Urteil darüber gefällt werden, welche praktische Bedeutung diesen Beschlüssen zukommt.

Es wäre denkbar, daß hier indirekt ein Beitrag zum Ausgleich der Preise für Agrarprodukte und Industriewaren geleistet werden könnte. Es wäre auch denkbar, daß ausländische Kreditgeber sich veranlaßt sehen könnten, unter diesen Umständen freigebiger Kredite als bisher für die Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Aber denkbar wäre es freilich auch, daß diese Beschlüsse einmal als ein Kuriosum aus der ersten Selbstständigkeitsperiode zitiert werden können.

#### NACHWIRKUNGEN DER VERGANGENHEIT AUF DIE KUNFTIGE ENTWICKLUNG

Man darf die inneren Schwierigkeiten der panafrikanischen Zukunftsprobleme nicht unterschätzen, und vor allem muß man auch sehen, daß die politische und wirtschaftliche Vergangenheit trotz der grundlegenden Veränderungen der letzten Jahre auch die künftige Entwicklung beeinflussen muß.

Es herrschte ein anderes geistiges Klima in den britischen als in den französischen Kolonien, und dies wirkt heute noch nach. Wer z. B. heute die Grenze zwischen Nigieren und Dahomey überschreitet, bemerkt nicht allein die andere Sprache, das Rechts- statt Linksfahren auf der Straße, sondern er merkt auch, daß die „Stimmung“ irgendwie anders ist: der Fremde wird schon am ersten Tag auf der Straße von einem Studenten angesprochen, ob er ihm nicht Arbeit geben könne — der Kontakt zwischen Schwarz und Weiß ist etwas Selbstverständliches, während es in

<sup>9)</sup> Lagos Conference of Heads of African and Malagasy States and Governments 25th to 30th January, 1962. Resolutions 2b, 2e.

Nigerien fast eine Revolte in der Dienerschaft gegeben hat, als sie feststellte: "Madam is working!" Die Einwohner in den französischen Kolonien waren nicht nur rechtlich „schwarze Franzosen“, sondern wurden wenigstens teilweise von der französischen Kulturpropaganda mit erfaßt. Hierbei dürfen die Emire in der britischen Verwaltung in Nordnigerien nicht vergessen werden und auch nicht die Tausende von afrikanischen Studenten an den englischen Universitäten. Aber ein Unterschied war trotzdem da.

Soweit dieser Unterschied bleibende Folgen hat, stellt er ein Problem für die panafrikanischen Bestrebungen der Gegenwart dar. Das tritt nicht allein bei den sprachlichen Schwierigkeiten in den Verhandlungen zwischen den neuen Staaten hervor, sondern auch die Art der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den Mitgliedern des britischen Commonwealth einerseits und zwischen Frankreich und den früheren französischen Kolonien andererseits ist durchaus verschieden. Die Vereinbarungen von Ottawa haben infolge der späteren Preisentwicklung einen wesentlichen Teil ihrer früheren Bedeutung verloren und können den heutigen Handelsaustausch nur unwesentlich beeinflussen. Gegenleistungen hat Großbritannien nur in den Kleinststaaten Gambia und Sierra Leone erhalten. Frankreich hat dagegen Sondervereinbarungen abgeschlossen, wodurch höhere Preise als die Weltmarktpreise für afrikanische Produkte bezahlt werden, wogegen Frankreich auch höhere Preise für Lieferungen an die früheren Kolonien berechnet. Wie dies mit den umfassenden Krediten Frankreichs an die früheren Kolonien zusammenhängt, soll gleich erläutert werden. Es muß aber auch festgestellt werden, daß Frankreich keine ernste Anstrengung gemacht hat, Französisch-Westafrika zu industrialisieren oder die traditionelle Wirtschaft zu revolutionieren.<sup>7)</sup>

Unter Verarbeitung statistischer Veröffentlichungen der UNO über den Außenhandel Afrikas stellen wir folgende Entwicklung fest:

**Handel der ehemaligen und jetzigen britischen Gebiete mit Großbritannien**

(in Mill. \$)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
1950	783,0	731,8	— 51,2
1955	1 159,8	1 116,1	— 43,7
1960	1 155,0	1 119,4	— 35,6

**Handel der ehemaligen französischen Gebiete mit Frankreich**

(in Mill. \$)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
1950	922,6	566,5	—356,1
1955	1 311,3	836,7	—474,6
1960	1 747,2	795,1	—952,1

Quelle: African Statistics, Annex to the Economic Bulletin for Africa, hrsg. v. United Nations 1962, S. 24—46.

<sup>7)</sup> V. Thompson und R. Adloff: „French West Africa“, London 1958, S. 249.

Diese Zahlen beweisen, daß Frankreich mit seinen damaligen und früheren Gebieten 1960 einen absolut größeren Handelsaustausch hatte als Großbritannien mit seinen früheren und jetzigen Gebieten. Während der Handelsaustausch Großbritanniens mit diesen Gebieten fast ausgeglichen war, war die Einfuhr der damaligen französischen Gebiete in Afrika fast doppelt so groß wie die Ausfuhr dieser Gebiete nach Frankreich. Die schon erwähnten Vereinbarungen, die Frankreich mit diesen Gebieten abgeschlossen hatte, haben also zur Folge gehabt, daß die Handelsbilanz Frankreichs stark aktiviert worden ist, während die französischen Gebiete durch den Handelsaustausch mit Frankreich eine ständig verschlechterte Handelsbilanz aufwiesen. Neue Spannungen in den Handelsbeziehungen Afrikas mit Europa sind also hinzugekommen. Es wurde schon erwähnt, daß in diesem Handel höhere Preise als diejenigen des Weltmarktes berechnet wurden. Daß Frankreich dabei der gewinnende Partner gewesen ist, scheint aus den oben angeführten Zahlen deutlich hervorzugehen.

Daß die übrigen Länder Afrikas keinen Anlaß haben, ähnliche Vereinbarungen zu treffen, um ein allgemein-afrikanisches Zusammengehen zu begünstigen, ist offensichtlich. Dagegen dürften die früheren französischen Kolonien wohl Anlaß haben, ihre Vereinbarungen mit Frankreich zu überprüfen. Solche Absichten sind z. B. aus Senegal bekannt geworden. Aber bevor dies nicht geschehen ist, sind — wegen der vereinbarten Sonderpreise — handelspolitische Vereinbarungen mit anderen afrikanischen Staaten schwer durchführbar.

**PANAFRIKA DIE ANTWORT AUF PANEUROPA?**

Selbstverständlich erfahren diese Probleme dadurch eine Änderung, daß die EWG hier wirksam wird. Die Kapitalzufuhr Frankreichs, die die starke Ausfuhr Frankreichs nach Afrika begünstigt hat, wird zu einem Problem der EWG überhaupt. Die unterschiedliche Lage Großbritanniens und Frankreichs wird, wenn Großbritannien Mitglied der EWG wird, mit Notwendigkeit modifiziert werden. Aber die Marktlage der europäischen Industrieländer wird, wenn sie gemeinsam vorgehen, so sehr gestärkt werden, daß das Problem aktuell werden wird, ob die afrikanischen Länder demgegenüber eine andere Möglichkeit haben werden, als neue Formen des Zusammengehens zu finden, so daß Paneuropa ein Panafrika zur Folge haben würde.

Zum Vergleich könnte auf das handelspolitische Zusammengehen in Lateinamerika als Folge der handelspolitischen Umorganisation in Europa hingewiesen werden. Aber die Unterschiede dürfen selbstverständlich nicht übersehen werden. Es soll nur daran erinnert werden, daß in den 1940er Jahren, als die früheren Kolonien in Asien selbständig wurden, auch von panasiatischen Plänen gesprochen wurde, die heute jede Aktualität verloren haben. Sollte der Panafrikanismus Ähnliches erleben?

Es muß daran erinnert werden, daß die heutigen Vertreter des Panafrika-Ideals jede Beteiligung Südafrikas mit Entrüstung ablehnen. Und wie ist es mit den arabischen Ländern in Nordafrika? Zum „schwarzen Afrika“ gehören sie gewiß nicht. Aber hier kann die wirtschaftliche Entwicklung neue Möglichkeiten schaffen. Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen bauen neue Straßen in die Sahara hinein, die sich als sehr rentabel erwiesen haben, nachdem die dortigen Ölfunde bedeutsam geworden sind. Hierdurch entsteht nicht nur ein neues Bindeglied zwischen Europa und Afrika, sondern die arabischen Länder werden mit dem übrigen Afrika enger verbunden. Jenseits der Sahara tritt Nigieren schon als Großproduzent von Öl hervor.

Wenn schon der europäische Gemeinsame Markt zugleich auch hohe Politik darstellt, so wird dies durch die Ölvorkommen weiter unterstrichen. Die „Woge von Öl“, die nicht nur für den ersten, sondern auch für den zweiten Weltkrieg stark entscheidend war, kann für Europa in der Form wiederkehren, daß Afrika jetzt zum Öllieferanten Europas wird. Handelt es sich dabei um eine Existenzfrage Europas, so wäre Europa sicher bereit und sogar gezwungen, größte Kapitalinvestitionen in Afrika zu diesem Zweck vorzunehmen. Aber Europa wäre damit so abhängig von afrikanischem Öl, daß die afrikanischen Befürchtungen, in verkleideter Form wieder in eine Kolonialstellung gedrängt zu werden, vielleicht überwunden werden könnten. Ein panafrikanisches Zusammengehen, um dies zu erreichen, würde vielleicht den Weg zeigen, neue Möglichkeiten des Zusammengehens zu finden ohne die Gefahr, daß die Vergangenheit damit zum neuen Leben erweckt werden müßte.

#### FESTE INNENPOLITISCHE ENTWICKLUNG

Eine Bedingung Europas für diese Art der Zusammenarbeit wäre freilich eine so feste innenpolitische Entwicklung in den afrikanischen Staaten, daß eine Wiederholung der lateinamerikanischen Entwicklung mit regelmäßig wiederkehrenden Revolutionen nicht befürchtet werden müßte. Die gewaltigen sozialen Spannungen zwischen den ungeheuer Reichen und den ungeheuer Armen in Lateinamerika haben zweifellos stark mitgewirkt, es auch wirtschaftlich verlockend zu machen, ständig neue Revolutionen in Gang zu setzen. Die neuen Machthaber, die nie wissen, wie lange sie an der Macht bleiben, werden Hauptträger

der Korruption, die die ganze innere Verwaltung verdirbt und außerordentliche Nebenkosten für jeden wirtschaftlichen Fortschritt mit sich bringt.

Die Verlockung für die neuen Machthaber in Afrika, die oft aus ärmlichsten Verhältnissen kommen, Ähnliches zu tun, ist sehr groß. Wie erschrocken ist der Europäer, der in einem der neugebildeten Staaten erfährt, daß ein Geschäftsmann beim Postvorsteher Abschriften der Korrespondenz des Hauptkonkurrenten bestellen kann — ob eingehende oder ausgehende Korrespondenz ist eine reine Geldfrage. Man muß in Afrika erkennen, daß es eine Lebensfrage ist, die Korruption zu bekämpfen, denn je besser dies gelingt, desto ungefährlicher ist es für die Kapitalgeber in Europa oder Amerika, den Afrikanern volle wirtschaftliche Freiheit zu gewähren. Die Korruption in Afrika würde dagegen eine europäische oder amerikanische Kontrolle, wie über das erhaltene Kapital verfügt wird, unvermeidlich machen. Daß zugleich auch die Gefahr vermindert wird, innere Revolutionen nach lateinamerikanischem Muster in Afrika zu erleben, müßte überzeugend wirken.

Man muß den Wunsch der Afrikaner verstehen, eigene unabhängige Industrien zu schaffen, die weder direkt noch indirekt in europäisch-amerikanische Monoporganismen eingefügt werden.<sup>8)</sup> Und ein Weltteil, der der westlichen Welt Öl anbietet, hat gewiß die Möglichkeit, solche Wünsche zu verwirklichen. Ist es die befürchtete neue Herrschaft der westlichen Welt über Afrika, die das Hindernis für die Zusammenarbeit mit der westlichen Welt darstellt, so muß man das afrikanische Öl in die Kalkulation mit einfügen, wodurch das Schwergewicht sich wesentlich verschiebt.

Hier hat der Panafrikanismus eine neue Aufgabe, deren Folgen weit über Afrika hinausreichen. Bisher war der Panafrikanismus ein Kampf gegen das Kolonialsystem. Dieser Prozeß ist noch nicht ganz abgeschlossen. Die neue Aufgabe, Afrika aus der Zersplitterung und aus der Armut herauszuheben, ist schwer, und viele Schwächen der Vergangenheit — Stammesgegensätze und Kleinstaaterei — müssen überwunden werden.<sup>9)</sup> Die historische Gelegenheit wäre vorhanden, aber werden die Kräfte ausreichen, die neue Aufgabe zu lösen? Nur die Zukunft kann diese Frage beantworten.

<sup>8)</sup> J. Woddis: „Africa. The Lion awakes“, London 1961, S. 242.

<sup>9)</sup> G. Lagrene: „Pan-Africanism“, London 1962, S. 130.